

### 13. Sitzung des Gemeinderates Gerolsbach am 15. November 2010

#### 211. Anträge zur Geschäftsordnung des 1. Bürgermeisters Martin Seitz zur Aufnahme folgender zusätzlicher Tagesordnungspunkte:

- a) **Stellungnahme des 1. Bürgermeisters zu den Vorwürfen aufgrund der Anzeige des Gemeinderates Stefan Maurer und der UB-Fraktion sowie dem eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Ingolstadt**
- b) **Verlesung einer gemeinsamen Erklärung der Gemeinderatsmitglieder der FWG, CSU und CWG**
- c) **Antrag auf Beendigung dieser heutigen Gemeinderatssitzung und Verzicht auf die Auszahlung eines Sitzungsgeldes für diese Sitzung**

Der Aufnahme dieser zusätzlichen TOP wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 13 : 4**

#### 212. Stellungnahme des 1. Bürgermeisters zu den Vorwürfen aufgrund der Anzeige des UB Gemeinderates Stefan Maurer sowie dem eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Ingolstadt

##### Allgemein:

Bürgermeister Seitz erläutert die staatsanwaltschaftliche Durchsuchung die sich am Mittwoch, 10.11.2010 im Rathaus Gerolsbach ereignet hat. Hierzu wird der Beschluss des Amtsgerichtes Ingolstadt vom 13. Oktober 2010 verlesen.

Folgende Punkte werden dem Bürgermeister zu last gelegt (*Es folgt ein Auszug aus dem o. g. Beschluss*):

*„...Aufgrund der bisherigen Ermittlungen besteht folgender Verdacht:*

*dass der Beschuldigte in seiner Eigenschaft als 1. Bürgermeister der Gemeinde Gerolsbach veranlasste, dass dem Gemeindebediensteten und Gemeinderatsmitglied ..... im Jahre 2008 Reisekosten für das Jahr 2006 erstattet wurden, auf die dieser, wie der Beschuldigte wusste, keinen Anspruch hatte. Dabei entstand der Gemeinde Gerolsbach ein Nachteil in Höhe von 3.369,00 EUR.*

*Weiter besteht der Verdacht, dass der Beschuldigte veranlasste, dass die 2. Bürgermeisterin ..... für einen angeblichen Vertretungsfall im Zeitraum 18.08.2008 bis 31.08.2008 eine Entschädigung in Höhe von 1.280,00 EUR erhielt, obwohl - wie der Beschuldigte wusste - kein Vertretungsfall vorlag. Dadurch entstand der Gemeinde Gerolsbach ein Nachteil in entsprechender Höhe.*

*Weiter liegt dem Beschuldigten zur Last, dass er als 1. Bürgermeister gestattete, dass die Firma ....., wobei der*

*Beschuldigte Geschäftsführer der Komplementärin ist, im Jahr 2008 kostenlos ein Gemeindegrundstück als Parkplatz und Lagerplatz nutzen durfte. Dadurch entstand der Gemeinde ein Nachteil in noch nicht bekannter Höhe. ....“*

Diese Anschuldigungen wurden der Staatsanwaltschaft Ingolstadt durch Herrn Stefan Maurer mit einem 26 Seiten umfassenden Schreiben vom 05.03.2010 mitgeteilt.

### **Weiterer Verlauf**

Die Schlagzeile „*Untreueverdacht in der Gemeinde Gerolsbach*“ wurde bereits am Donnerstag 11.11.2010 in der Presse (*Augsburger Allgemeine*) bekannt gemacht. Diese negative Mitteilung zog immer größere Kreise u. a. wurde im Donaukurier, IN-TV, Bay. Rundfunk und weitere Pressestellen berichtet.

Herr Maurer nutzte diese Gelegenheit wieder schamlos aus und veröffentlichte bewusst Unwahrheiten, Zitat „...„*Ich habe keine Strafanzeige gestellt.*“

**Nachdem Herr Maurer dies so in der Zeitung ausgesagt und veröffentlicht hat, so täuscht er die Bevölkerung und alle Gemeinderatsmitglieder ganz bewusst, wie auch von Herrn Staatsanwalt Helmut Walter in der Schrobenhausener Zeitung und bei INTV bestätigt wurde.**

Weiter behauptet Herr Maurer, Zitat „... *Er habe der Ermittlungsbehörde lediglich "öffentlich zugängliche Informationen zur rechtlichen Prüfung übersandt"...*“.

**Auch hier verfälscht Herr Maurer die Tatsachen ganz bewusst, hatte er doch in seiner Anzeige an die Staatsanwaltschaft wörtlich geschrieben: „Da es sich hier zum Teil um Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen handelt, gehe ich davon aus, dass ich Ihnen dies „im amtlichen Verkehr“ (Art. 20 Abs. 2 Satz 1) mitteile und dies somit kein Verstoß gegen meine Verschwiegenheitspflicht darstellt.“** Er war sich somit seiner Handlungsweise voll bewusst, stellt sich in der Öffentlichkeit jedoch anders dar – was soll man von so einem Mann, der sich immer auf seine „Ehrlichkeit“ usw. beruft, halten?

Weitere Auszüge aus dem Schreiben des Herrn Maurers vom 05.03.2010 werden auszugsweise vorgetragen.

Bürgermeister Seitz erläutert, dass in dem Schreiben des Herrn Maurers nicht alle Fakten an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet wurden. Somit bediente sich Herr Maurer, wie so oft, von Verbreitungen von „Halbwahrheiten“. Weiter hätte Herr Maurer, auch vorab bei der Rechtsaufsichtsbehörde (=Landratsamt Pfaffenhofen) eine Überprüfung beantragen können bzw. müssen und nicht direkt eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einreichen.

### **Zu den einzelnen Anschuldigungen**

#### **Kostenlose Nutzung eines gemeindlichen Grundstückes**

Auszugsweise wird der Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung der Jahresrechnung 2008 (Punkt 3.8) vorgelesen:

*„ ... Auf dem gemeindlichen Grundstück ..... werden von der Firma ..... Fahrzeuge abgestellt und Baumaterial gelagert. Vertragliche Vereinbarungen für eine Nutzung konnten nicht vorgelegt werden. Es wird auch kein Nutzungsentgelt bezahlt ....“*

Auszugsweise wird die Stellungnahme zu dem Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung vorgetragen:

*„... Zwischen der Firma ..... und dem ehemaligen Bürgermeister ..... wurde mündlich vereinbart, dass die Firma ..... das Grundstück auf eigene Kosten herrichtet und im Gegenzug dazu das Grundstück kostenlos zur Abstellung von Baufahrzeugen und Baumaterial nutzen darf. Auch die Pflege des zugehörigen Obstgartens braucht nicht von der Gemeinde durchgeführt werden. Beim Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung zur Nutzung gegen Entgelt müsste die Gemeinde die von der Firma ..... aufgewendeten Kosten erstatten. Auch die Pflege des Obstgartens müsste dann von der Gemeinde übernommen werden. Dies wäre für die Gemeinde finanziell sicher von Nachteil. ....“*

Diese oben aufgeführten Textpassagen leitete Herr Maurer an die Staatsanwaltschaft weiter. Herr Maurer legte aber nicht die Beschlussfassung des Gemeinderates vom 24.11.2009 bei! Diese lautet wie folgt.

***„... 19. Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung 2008***

*Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2008 durch den Rechnungsprüfungsausschuss und stimmt dem Inhalt vollinhaltlich zu.*

***Abstimmungsergebnis: 12 : 4***

*Anmerkung: Gegen diesen Beschluss stimmten Herr Hans-Jürgen Bartel, Herr Stefan Maurer, Herr Georg Kirmayr und Frau Annette Schütz-Finkenzeller. ...“*

Zusätzlich wurde die Entlastung der Jahresrechnung mehrheitlich beschlossen.

Darüber hinaus stellt Bürgermeister Seitz klar, dass das besagte Grundstück nicht alleine durch seine Firma genutzt wird. Unter anderem nutzen Gemeindejugendliche die Fläche als Parkplatz für den nahegelegenen Treff. Zu erwähnen ist auch, dass seine Firma den Platz, wie mündlich vereinbart, in einem Gegenwert von ca. 8.000 € hergerichtet hat. Die Benutzung und das Herrichten der Fläche basiert auf eine Vereinbarung mit dem Altbürgermeister und stammt bereits aus dem Jahr 1999/2000.

**Fahrtkosten Gemeindearbeiter**

Es stimmt, dass die Fahrtkosten vom Bauhofchef zu spät eingereicht wurden. Die Verwaltung machte auch darauf aufmerksam.

In der Gemeinderatssitzung vom 03.11.2008 wurde dieser Punkt nichtöffentlich behandelt. Mehrheitlich sprach sich der Gemeinderat für die Ausbezahlung der Fahrtkosten aus. Es ist festzuhalten, dass der Gemeinderat

informiert war und die Kilometer im Dienste der Gemeinde Gerolsbach tatsächlich gefahren wurden.

Mindestens aus moralischer Sicht und auch im Rahmen der Arbeitgeberfürsorgepflicht war diese Auszahlung richtig.

### **Entschädigung für Vertretung des Bürgermeisters**

Es ist festzuhalten, dass sich die 2. Bürgermeisterin in keinsterweise was vorzuwerfen hat. Sie hat pflichtbewusst Ihr Ehrenamt ausgeführt und nicht nur Ihre Freizeit, sondern auch Ihren Urlaub für Ihre Vertretungsaufgaben geopfert. Nach Auskunft der Bediensteten war die 2. Bürgermeisterin täglich im Rathaus und hat die Amtsgeschäfte ausgeführt.

Was der 1. Bürgermeister in seiner Urlaubszeit unternimmt müsste eigentlich sein Privatvergnügen sein, doch muss man sich rechtfertigen, wenn man zu Hause Urlaub macht und seinem Hauptberuf nachgeht. Natürlich kann man in dieser Zeit den Titel als Bürgermeister nicht ablegen. Und wenn ein gemeindliches Ereignis ist komme ich. *„Soll ich dann jedes Mal der Presse erklären, dass ich als Privatperson unterwegs bin?“*

Diese Anschuldigungen durch Herrn Maurer sind nicht nachvollziehbar und verunglimpfen das Ehrenamt.

### **Auswirkungen**

*„Herr Maurer hat durch seine Anzeige nicht nur den 1. Bürgermeister von Gerolsbach sondern auch mich als Privatperson sowie meine Familie und meine Firma weit über die Landkreisgrenzen hinaus geschädigt. Meine Familie legte mir nahe als Bürgermeister zurück zu treten.“*

*Die gesamte Gemeinde Gerolsbach wurde geschädigt. Aber nicht nur die Gemeinde als Einrichtung, sondern auch jeder einzelne Mitbürger. Es gibt Aussagen von Bürgern, die sich aufgrund der Ereignisse für Ihren Wohnort Gerolsbach schämen, obwohl man doch auf unsern Heimatort stolz sein könnte.*

*Weiter wurde der gesamte Landkreis Pfaffenhofen, insbesondere alle Bürgermeister, geschädigt, da mittlerweile schon ein „Pauschalverdacht“ besteht. Können Bürgermeister überhaupt noch sinnvolle und schnelle Entscheidungen zum Wohl der Gemeinde treffen, ohne befürchten zu müssen das Sie angezeigt werden?*

*Ein Zitat des Herrn Maurers lautet „...Wenn alles in Ordnung ist, passt es ja..“. Aber welche negativen Auswirkungen sein Handeln hat verschweigt er. Wie sieht die Zukunft des Ehrenamtes in unserer Gemeinde aus, wenn solche Personen wie Herr Maurer alles schlecht machen?!*

*Diese Vorgehensweise des Herrn Maurers zeugt von seiner Charakterlosigkeit!*

*Am Schluss ist nur noch zu sagen, dass hoffentlich die Staatsanwaltschaft die Ergebnisse schnell ermittelt und noch vor Weihnachten Ruhe einkehrt.“*

Anmerkung:

Die Erklärungen des Bürgermeisters wurden des Öfteren mit anhaltenden Beifall der Zuhörer bekundet.

### 213. Verlesung einer gemeinsamen Erklärung der Gemeinderatsmitglieder der FWG, CSU und CWG

Die Erklärung wurde im Auftrag der u. g. Fraktionsmitglieder vom Geschäftsleiter, Herrn Heinrich Pommé, verlesen.

#### Gemeinsame Erklärung der Gemeinderatsmitglieder von den Fraktionen der FWG, CSU und CWG

Wir distanzieren uns aufs Schärfste gegen die Verdächtigungen des Herrn Stefan Maurer!

Herr Maurer ist sich den Konsequenzen seines Handelns nicht mehr bewusst. Er äußert mit seinen Anschuldigungen einen Generalverdacht gegenüber dem gesamten Gemeinderat. Er verunglimpft den Namen unserer Heimatgemeinde Gerolsbach. Viele Bürger werden durch seine schamlose Art weit über die Gemeindegrenzen hinaus an den verbalen „Pranger“ gestellt. Immer wieder müssen sich unsere Bürger rechtfertigen und zu dem geistigen Müll des Herrn Maurers Stellung nehmen. Darüber hinaus hat bereits jede regionale Institution, sei es ein Gremium oder eine Behörde eine voreingenommene Meinung über Gerolsbach, die eine Zusammenarbeit nicht leichter machen.

Mit den jetzt bekannt gewordenen Anschuldigungen gegenüber unserem Bürgermeister hat sich Herr Maurer endgültig ins Abseits manövriert. Eine konstruktive Zusammenarbeit ist nicht mehr möglich. Herr Maurer kann sich keiner Mehrheitsentscheidung fügen und akzeptiert nur seine Meinung. In einem demokratisch gewählten Gremium, wie dem Gemeinderat ist Herr Maurer nicht mehr tragbar.

Jedes Gemeinderatsmitglied möchte zum Wohl unserer Heimatgemeinde beitragen, nur der Ich-Mensch, Maurer arbeitet für sein Ego und nimmt hierbei keine Rücksicht auf seine Mitbürger.

#### Die Gemeinderatsmitglieder:

Brandstetter Ignaz jun.		Buchberger Jakob	
Koller Franz-Xaver		Bergmann Erich	
Felber Johann		Lönner Rudolf	
Polzmacher Thomas		Schwertfirm Gerti	
Schaipp Xaver jun.		Wörle Peter	
Ottinger Georg		Jung Claudia	

Der Fraktionsvorsitzende der CSU GRM Koller stellt an die 3 UB-Gemeinderäte die Frage, ob Sie von der Anzeige des Herrn Maurer Bescheid wussten und wie Sie dazu stehen.

Es wird verlesen, dass Sie keine Kenntnis über die Anzeige hatten und diese nur Herr Maurer einleitete. Weiter möchten Sie sich hierzu nicht näher äußern.

#### **214. Beendigung dieser heutigen Gemeinderatssitzung**

Aufgrund der Vorfälle und Berichterstattung sowie der vorhandenen Emotionen der einzelnen Gemeinderatsmitglieder erscheint heute eine objektive sowie verantwortungsvolle Behandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte nicht sinnvoll und zweckmäßig.

Die Behandlung der einzelnen TOP wird deshalb zurückgestellt und die heutige Sitzung beendet. Auf die Auszahlung eines Sitzungsgeldes wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis: 17 : 0**